

Bundesgesetzblatt

Teil II

1955	Ausgegeben zu Bonn am 7. Dezember 1955	Nr. 27
Tag	Inhalt:	Seite
28. 11. 55	Zweite Verordnung zur Änderung der Vorschriften für die Reeden auf dem Rhein	921
22. 11. 55	Seelotsenausbildungs- und Ausweisordnung	922
2. 12. 55	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen	926
3. 12. 55	Bekanntmachung über die Wiederanwendung des Übereinkommens über die Sklaverei im Verhältnis zu Jugoslawien	926
11. 11. 55	Bekanntmachung über die Wiederanwendung des Internationalen Übereinkommens über den Freibord der Kauffahrteischiffe im Verhältnis zu Mexiko	926
1. 11. 55	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung für die Bundesrepublik Deutschland	927
30. 11. 55	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Pflanzenschutz-Organisation	927
14. 11. 55	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Ratifikation durch Italien)	942
15. 11. 55	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes	942
21. 11. 55	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten der deutsch-brasilianischen Vereinbarung über den Warenverkehr	943
1. 12. 55	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (Beitritt Venezuelas)	943
20. 11. 55	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die von der Bundesrepublik zu gewährenden Abgabenvergünstigungen für die von den Vereinigten Staaten im Interesse der gemeinsamen Verteidigung geleisteten Ausgaben	943
2. 11. 55	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zweiten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Arbeitslosenversicherung	944
25. 11. 55	Bekanntmachung zu § 35 des Warenzeichengesetzes (Nachrichtlicher Abdruck)	944

Zweite Verordnung zur Änderung der Vorschriften für die Reeden auf dem Rhein. Vom 28. November 1955.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Einführung der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung vom 19. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 1207) wird verordnet:

Artikel 1

§ 8 des Abschnitts VIII (Duisburg-Ruhrort) der Vorschriften für die Reeden auf dem Rhein — Anlage der Verordnung zur Einführung der Vorschriften für die Reeden auf dem Rhein (Schiffahrtspolizeiverordnung zur Ergänzung der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung vom 24. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 1466) — wird in Ausführung des Beschlusses der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt vom 12. Oktober 1955 wie folgt gefaßt:

„§ 8

Besondere Fahrregeln

1. Auf der Strecke von km 775,50 bis 785,50 sind untersagt:

- a) das Überholen von Schleppzügen oder einzelnen Fahrzeugen, solange diese selbst überholen,
- b) das Segeln.

2. Nummer 1 Buchstabe a gilt nicht für in Bildung begriffene Schleppzüge.“

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Einführung der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1956 in Kraft.
Bonn, den 28. November 1955.

Der Bundesminister für Verkehr
Seehoß

**Verordnung über die Ausbildung
und Prüfung der Seelotsen sowie über die Lotsenausweise
(Seelotsenausbildungs- und Ausweisordnung).**

Vom 22. November 1955.

Auf Grund des § 58 Nr. 1 und 3 des Gesetzes über das Seelotswesen vom 13. Oktober 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 1035) wird verordnet:

I. Ausbildung

§ 1

(1) Die Ausbildung der Lotsenanwärter (§ 13 des Gesetzes über das Seelotswesen) obliegt der Lotsenbrüderschaft des Seelotsreviers, für das die Anwärter ausgewählt worden sind; die Aufsichtsbehörde überwacht die Ausbildung.

(2) Die Ausbildung der Anwärter für Reviere, in denen Bedienstete des Bundes als Seelotsen eingesetzt sind, obliegt der Aufsichtsbehörde.

§ 2

(1) Die Dauer der Ausbildung beträgt sechs Monate.

(2) Die Ausbildung soll den Anwärtern die für den Lotsdienst erforderlichen theoretischen und praktischen Kenntnisse vermitteln.

(3) Erforderlich sind insbesondere Kenntnisse über

1. das Lotsrevier mit seinen Besonderheiten und Schwierigkeiten,
2. die Handhabung des Lotsdienstes in dem Revier, die Bedienung der funktechnischen Hilfsmittel für Navigation und Nachrichtenübermittlung, insbesondere Radar und Sprechfunk, den Wachdienst,
3. die Organisation der Verwaltung, die Verkehrsregelung in dem Revier, die für das Lotswesen und die Schifffahrt wichtigen Bestimmungen, und
4. die nächstgelegenen Reviere.

§ 3

Für die theoretische Ausbildung ist wöchentlich mindestens eine Stunde Unterricht vorzusehen. Der Unterricht wird durch den Ältermann der Lotsenbrüderschaft oder durch einen von ihm bestellten Ausbildungsleiter und durch einen Beauftragten der Aufsichtsbehörde erteilt.

§ 4

(1) Die praktischen Kenntnisse sind den Anwärtern durch Mitfahren während der Lotsungen in dem Revier zu vermitteln und durch zeitweiligen Einsatz auf Lotsenversetz- und Zubringerfahrzeugen zu vervollständigen. Zum selbständigen Lotsen oder zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit mit eigener Verantwortung dürfen die Lotsenanwärter nicht herangezogen werden.

(2) Der praktischen Ausbildung ist folgender Zeitplan zugrunde zu legen:

1. fünf Monate Mitfahren in dem Revier (einschließlich der nächstgelegenen Lotsreviere) auf Schiffen, die durch Seelotsen beraten werden, und Einsatz im praktischen Dienst auf Lotsenversetz- und Zubringerfahrzeugen;
2. ein halber Monat Wachdienst unter Aufsicht erfahrener Lotsen;
3. ein halber Monat Einsatz bei den Verkehrseinrichtungen des Reviers nach Weisung der Aufsichtsbehörde.

(3) Unterbrechungen durch Krankheit von insgesamt acht Tagen Dauer können auf die Ausbildungszeit angerechnet werden, wenn der Ältermann bestätigt, daß dadurch die Erreichung des Ausbildungszieles nicht gefährdet wird.

§ 5

Die Lotsenanwärter haben nach Richtlinien der Aufsichtsbehörden über den Verlauf der theoretischen und praktischen Ausbildung ein Ausbildungsbuch zu führen, aus dem der Ablauf der Ausbildung lückenlos ersichtlich sein muß. Die Eintragungen der Lotsenanwärter sind von den ausbildenden Stellen und Personen am Ende eines jeden Ausbildungsabschnittes zu bestätigen. Nach Beendigung der Ausbildung ist das Buch bei der Lotsenbrüderschaft abzugeben.

§ 6

Die Lotsenanwärter haben die Kosten der Ausbildung selbst zu tragen; sie haben während der Ausbildungszeit keinen Anspruch auf Entlohnung. Die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen liegt im Ermessen der Lotsenbrüderschaft.

§ 7

Der Bundesminister für Verkehr kann in begründeten Ausnahmefällen die Ausbildungszeit verkürzen.

II. Prüfung

§ 8

(1) Nach Abschluß der Ausbildung meldet die Lotsenbrüderschaft die Anwärter unter Vorlage des Ausbildungsbuches bei der Aufsichtsbehörde zur Prüfung an.

(2) Die Aufsichtsbehörde setzt den Prüfungstermin fest, unterrichtet die Anwärter und beruft den Prüfungsausschuß ein.

§ 9

(1) Der Prüfungsausschuß für die Prüfung zum freiberuflichen Lotsen besteht aus fünf Mitgliedern. Vorsitzender ist der Seeverkehrsdezernent der Aufsichtsbehörde. Beisitzer sind der Vorstand des zuständigen Wasser- und Schiffsamtes bzw. Kanalammtes, der nautische Sachbearbeiter des zuständigen Wasser- und Schiffsamtes bzw. Kanalammtes, der Altermann der zuständigen Lotsenbruderschaft und ein Seelotse des jeweiligen Reviers.

(2) Der Prüfungsausschuß für Reviere, in denen Bedienstete des Bundes als Seelotsen eingesetzt sind, besteht aus drei Mitgliedern. Vorsitzender ist der Seeverkehrsdezernent der Aufsichtsbehörde. Beisitzer sind der Vorstand oder nautische Sachbearbeiter des zuständigen Wasser- und Schiffsamtes und der Leiter der Lotsenstation.

§ 10

Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Gebiete:

1. Kurse, Distanzen und Seezeichen des Reviers und der nächstgelegenen Lotsreviere sowie deren Ansteuerung;
2. Stromverhältnisse, Gezeiten, Wassertiefen und meteorologische Verhältnisse des Reviers;
3. funkttechnische Hilfsmittel für Navigation und Nachrichtenübermittlung, insbesondere Radar und Sprechfunk;
4. Schiffsmanöver bei jedem Wetter;
5. verkehrs-, schiffs-, gesundheitspolizeiliche und zollamtliche Bestimmungen;
6. Organisation und Rechtsgrundlagen des Lotswesens;
7. Grundzüge des Aufbaues der Verkehrsverwaltung, der Organisation und des Ablaufes des Verkehrs in dem Revier;
8. Verhalten bei Verkehrsunfällen.

Schriftliche Arbeiten werden nicht gefordert.

§ 11

(1) Die Beratung im Prüfungsausschuß ist geheim. Die Entscheidung erfolgt mit Stimmenmehrheit.

(2) Das Gesamtergebnis der Prüfung ist mit „Bestanden“ oder „Nicht bestanden“ zu bewerten.

(3) Das Ergebnis der Prüfung ist dem Anwärter im Anschluß an die Beratung bekanntzugeben.

§ 12

Besteht ein Anwärter die Prüfung nicht, so hat der Prüfungsausschuß darüber zu beschließen, welcher Teil der theoretischen oder praktischen Ausbildung nachzuholen und wann die Prüfung zu wiederholen ist. Die Ausbildung darf höchstens um weitere sechs Monate verlängert werden. Die Prüfung kann frühestens nach zwei Monaten wiederholt werden; eine weitere Wiederholung ist nur in begründeten Ausnahmefällen mit Genehmigung des Bundesministers für Verkehr zulässig.

§ 13

Jedem Lotsenanwärter, der die Prüfung bestanden hat, ist ein von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses ausgefertigtes Prüfungszeugnis auszuhändigen.

§ 14

(1) Über jede Prüfung ist eine Niederschrift aufzustellen.

(2) Die von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterzeichnete Niederschrift ist der Aufsichtsbehörde einzureichen und bei dieser aufzubewahren.

§ 15

Für die Prüfung wird eine Gebühr von 30 Deutsche Mark erhoben; sie ist vor der Prüfung über die Lotsenbruderschaft an die Aufsichtsbehörde zu zahlen.

III. Lotsenausweise

§ 16

(1) Die zuständige Aufsichtsbehörde stellt für die Lotsenanwärter des Reviers einen Lotsenanwärterausweis nach dem Muster der Anlage A und für die Lotsen, einen Lotsenausweis nach dem Muster der Anlage B aus. Die Lotsenanwärterausweise sind bei der Bestallung in Lotsenausweise umzutauschen.

(2) Die Lotsenanwärter und die Lotsen haben den Ausweis auf Verlangen der Schiffsführung jederzeit vorzulegen.

(3) Vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung ausgegebene Lotsenausweise und Lotsschilder verlieren ihre Gültigkeit.

IV. Übergangsbestimmung

§ 17

In die Ausbildung sowie die Prüfung der Anwärter für das Seelotsrevier Weser II sind die Fahrtstrecken auf der Seeschiffahrtstraße der Jade einzubeziehen.

V. Schlußbestimmung

§ 18

Diese Verordnung gilt gemäß § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 61 des Gesetzes über das Seelotswesen auch im Land Berlin.

§ 19

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1956 in Kraft.

Bonn, den 22. November 1955.


Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

Seelotsenanwärterausweis

Anlage A
(zu § 16)

Rückseite

Vorderseite

<p>Vermerke der Zollbehörde:</p>	<p>BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND</p>  <p>Seelotsenanwärterausweis</p> <p>Nr. </p>
----------------------------------	---

95 mm

67 mm

Innenseiten

<p>Der Kapitän</p> <p>..... (Vor- und Zuname)</p> <p>..... (Geburtsdatum)</p> <p>ist Lotsenanwärter auf dem Seelots- revier</p> <p>..... Er ist nicht berechtigt, selbständig zu lotsen.</p> <p>....., den (Ort)</p> <p>Wasser- und Schifffahrtsdirektion</p> <p>.....</p>	<p>Der Inhaber dieses Ausweises ist durch das nachstehende Lichtbild kenntlich gemacht.</p> <p style="text-align: center; margin-top: 20px;">Lichtbild</p> <p>..... Eigenhändige Unterschrift des Inhabers</p>
--	--



108 mm

160 mm

Seelotsenausweis

Rückseite

Vorderseite

<p>Vermerke der Zollbehörde:</p>	<p>BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND</p>  <p>Seelotsenausweis</p> <p>Nr. </p>
<p>67 mm</p>	
<p>95 mm</p>	

Innenseiten

<p>Der Kapitän</p> <p>..... (Vor- und Zuname)</p> <p>..... (Geburtsdatum)</p> <p>ist zur Ausübung des Lotsendienstes auf dem Seelotsrevier</p> <p>..... berechtigt.</p> <p>....., den (Ort)</p> <p>Wasser- und Schifffahrtsdirektion</p> <p>.....</p>	<p>Der Inhaber dieses Ausweises ist durch das nachstehende Lichtbild kenntlich gemacht.</p> <p style="text-align: center;">Lichtbild</p> <p>..... Eigenhändige Unterschrift des Inhabers</p>
<p>160 mm</p>	
<p>108 mm</p>	

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten
des Vertrages zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Österreich über
Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen.**

Vom 2. Dezember 1955.

Gemäß Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 25. August 1955 über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich vom 4. Oktober 1954 über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen (Bundesgesetzbl. II S. 833) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nebst Schlußprotokoll nach seinem Artikel 17 auf Grund des am 26. November 1955 erfolgten Austausches der Ratifikationsurkunden am 26. November 1955 in Kraft getreten ist.

Bonn, den 2. Dezember 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über die Wiederanwendung
des Übereinkommens über die Sklaverei
im Verhältnis zu Jugoslawien.**

Vom 3. Dezember 1955.

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Jugoslawischen Regierung ist Einverständnis darüber festgestellt worden, daß das in Genf am 25. September 1926 unterzeichnete Übereinkommen über die Sklaverei (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 63)

im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien mit Wirkung vom 1. Januar 1955 gegenseitig wieder angewendet wird.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Oktober 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 919).

Bonn, den 3. Dezember 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über die Wiederanwendung
des Internationalen Übereinkommens über den Freibord der Kauffahrteischiffe
im Verhältnis zu Mexiko.**

Vom 11. November 1955.

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Mexikanischen Regierung ist Einverständnis darüber festgestellt worden, daß

das in London am 5. Juli 1930 unterzeichnete Internationale Übereinkommen über den Freibord der Kauffahrteischiffe (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 707) nebst Ergänzung vom 23. August 1938 (Reichsgesetzbl. II S. 907)

im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Mexiko mit Wirkung vom 1. Februar 1955 gegenseitig wieder angewendet wird.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Oktober 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 908).

Bonn, den 11. November 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten
des Übereinkommens Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung
für die Bundesrepublik Deutschland.**

Vom 1. November 1955.

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes vom 15. April 1954 betreffend das Übereinkommen Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1948 über die Organisation der Arbeitsmarktverwaltung (Bundesgesetzbl. II S. 448) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen gemäß seinem Artikel 16 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland auf Grund der am 22. Juni 1954 erfolgten Eintragung der Ratifikation am 22. Juni 1955 in Kraft getreten ist. Das Übereinkommen ist außerdem in Kraft getreten für

Norwegen	am	10. August 1950,
das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland	am	10. August 1950,
Schweden	am	25. November 1950,
Neuseeland	am	3. Dezember 1950,
Australien	am	24. Dezember 1950,

Bulgarien	am	29. Dezember 1950,
Niederlande	am	7. März 1951,
Tschechoslowakei	am	12. Juni 1951,
Türkei	am	14. Juli 1951,
Kanada	am	24. August 1951,
Irak	am	22. Juni 1952,
Schweiz	am	19. Januar 1953,
Guatemala	am	13. Februar 1953,
Kuba	am	29. April 1953,
Frankreich	am	15. Oktober 1953,
Italien	am	22. Oktober 1953,
Belgien	am	16. März 1954,
Dominikanische Republik	am	22. September 1954,
Japan	am	20. Oktober 1954,
Philippinen	am	29. Dezember 1954,
Ägypten	am	3. Juli 1955.

Bonn, den 1. November 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

**Bekanntmachung zu dem Übereinkommen
zur Errichtung der Europäischen Pflanzenschutz-Organisation.**

Vom 30. November 1955.

Das in Paris am 18. April 1951 von dem Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Pflanzenschutz-Organisation ist nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde für die Bundesrepublik Deutschland am 26. Juni 1954 in Kraft getreten.

Das Übereinkommen, das nachstehend nebst einer deutschen Übersetzung veröffentlicht wird, ist ferner in Kraft getreten für

Dänemark	am	18. April 1951,
Frankreich	am	18. April 1951,
Algerien	am	18. April 1951,
Griechenland	am	18. April 1951,
Italien	am	18. April 1951,
Jugoslawien	am	18. April 1951,

Luxemburg	am	18. April 1951,
die Niederlande	am	18. April 1951,
Österreich	am	18. April 1951,
die Schweiz	am	18. April 1951,
das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland	am	18. April 1951,
Guernsey	am	18. April 1951,
Jersey	am	18. April 1951,
Zypern	am	6. März 1952,
Irland	am	18. April 1952,
Schweden	am	30. Juni 1953,
Israel	am	4. August 1953,
Belgien	am	21. Oktober 1953,
Portugal	am	3. November 1953.

Bonn, den 30. November 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

Convention pour l'Établissement de l'Organisation Européenne pour la Protection des Plantes

Les Etats parties à la présente Convention, conscients de l'importance d'une coopération internationale en vue de prévenir l'introduction et la propagation des maladies des plantes et désirant continuer et étendre les travaux déjà entrepris dans ce domaine par le Comité International de Lutte contre le Doryphore et par le Groupe de Travail Européen sur l'Infestation des Denrées Stockées sont convenus de ce qui suit:

Article I Organisation

Il est institué une Organisation européenne pour la Protection des Plantes (ci-après nommée l'Organisation).

Article II Définition

Aux termes de la présente Convention, le terme « plantes et produits végétaux » signifie « plantes et parties de plantes vivantes, matériaux non-manufacturés dérivés de plantes, et produits alimentaires fabriqués avec des plantes et des parties de plantes ».

Article III Membres

a) Peuvent devenir membres de l'Organisation en adhérant à la présente Convention suivant les termes de l'Article XX:

1. Les Gouvernements des pays indiqués au Tableau III;
2. Le Gouvernement de tout autre pays que le Conseil de l'Organisation peut décider d'inviter à devenir membre.

b) Le Gouvernement de tout territoire au sujet duquel une déclaration a été formulée selon les termes de l'Article XXI, peut être admis comme membre par le Conseil de l'Organisation, mais seulement sur proposition du pays membre qui formula la déclaration. Toute décision de ce genre sera prise à la majorité des deux tiers des votants. Les territoires ainsi admis devraient être de ceux qui, de l'avis du Conseil, seraient à même d'apporter une contribution définie et individuelle aux travaux de l'Organisation.

Article IV Siège

- a) Le siège de l'Organisation est fixé à Paris.
- b) Les réunions de l'Organisation se tiendront en principe au lieu du siège.

Article V Fonctions

- a) Les fonctions de l'Organisation seront de:
 1. Conseiller les Etats membres sur les mesures techniques, administratives et législatives, nécessaires pour prévenir l'introduction et la propagation des ennemis et des maladies des plantes et des produits végétaux;
 2. Aider si nécessaire les Etats membres dans l'application de ces mesures;
 3. Coordonner et encourager, si possible, des campagnes sur le plan international contre les ennemis et les maladies des plantes et des produits végétaux;

Convention for the Establishment of the European Plant Protection Organisation

The Governments parties to the present Convention, being conscious of the importance of international cooperation in the prevention of the introduction and spread of pests and diseases of plants and plant products, and desiring to continue and extend the work formerly done in this field by the International Committee for the Control of the Colorado Beetle and by the European Working Party on Infestation Control have agreed as follows:

Article I Organisation

There shall be established a European Plant Protection Organisation (hereinafter referred to as the Organisation).

Article II Definition

For the purpose of the present Convention the term "plants and plant products" means "living plants and parts of plants, unmanufactured materials of plant origin, and food products milled from plants and parts of plants".

Article III Membership

a) Membership of the Organisation is open to the following by adherence to the present Convention according to the provisions of Article XX:

1. the Governments of the countries in Schedule III;
2. the Government of any other country which the Council of the Organisation may decide to invite to become a member.

b) The Government of any territory about which a declaration has been made under the terms of Article XXI may be admitted to membership by the Council of the Organisation but only on the proposal of the Member who made the declaration. Any such decision shall require a two-thirds majority of the votes cast. Territories so admitted shall be such as can in the opinion of the Council make a definite and individual contribution to the work of the Organisation.

Article IV Seat

- a) The seat of the Organisation shall be in Paris.
- b) Meetings of the Organisation shall normally take place at its seat.

Article V Functions

- a) The functions of the Organisation shall be to:
 1. advise Member Governments on the technical, administrative and legislative measures necessary to prevent the introduction and spread of pests and diseases of plants and plant products;
 2. assist Member Governments where necessary in carrying out such measures;
 3. where practicable, co-ordinate and stimulate international campaigns against pests and diseases of plants and plant products;

(Übersetzung)

Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Pflanzenschutz-Organisation

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens sind im Bewußtsein der Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit zur Verhütung der Einschleppung und Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen und in dem Wunsch, die auf diesem Gebiete durch das Internationale Komitee zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers und durch die Europäische Arbeitsgemeinschaft für Vorratsschutz bereits geleistete Arbeit fortzusetzen und weiter auszudehnen, wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Organisation

Es wird eine Europäische Pflanzenschutz-Organisation (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet) errichtet.

Artikel II

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet der Ausdruck „Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse“ lebende Pflanzen und Pflanzenteile, unverarbeitetes Material pflanzlichen Ursprungs und Lebensmittel, die aus Pflanzen und Pflanzenteilen hergestellt sind.

Artikel III

Mitgliedschaft

a) Die Mitgliedschaft bei der Organisation durch Beitritt zu diesem Übereinkommen nach Artikel XX steht frei

1. den Regierungen der in Anlage III aufgeführten Staaten,
2. der Regierung jedes anderen Staates, der auf Beschluß des Rates der Organisation zum Beitritt eingeladen wird.

b) Die Regierung jedes Gebietes, hinsichtlich dessen eine Erklärung nach Artikel XXI abgegeben wurde, kann vom Rat der Organisation als Mitglied zugelassen werden, jedoch nur auf Vorschlag des Mitgliedstaates, der die Erklärung abgab. Ein solcher Beschluß erfordert eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Die so zugelassenen Gebiete müssen nach Auffassung des Rates einen bestimmten Beitrag aus eigener Kraft zur Arbeit der Organisation leisten können.

Artikel IV

Sitz

- a) Sitz der Organisation ist Paris.
- b) Die Organisation tagt normalerweise an ihrem Sitz.

Artikel V

Aufgaben

- a) Die Aufgaben der Organisation bestehen darin,
 1. die Mitgliedstaaten über die fachlichen, verwaltungstechnischen und gesetzgeberischen Maßnahmen zu beraten, die zur Verhinderung der Einschleppung und Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen notwendig sind;
 2. den Mitgliedstaaten, wenn nötig, bei der Durchführung derartiger Maßnahmen zu helfen;
 3. falls durchführbar, internationale Bekämpfungsmaßnahmen gegen Schädlinge und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen aufeinander abzustimmen und zu fördern;

4. Obtenir des renseignements des Etats membres quant à l'existence, l'apparition ou l'extension de parasites et maladies des plantes et produits de plantes, et de transmettre ces renseignements aux Etats membres;
5. Assurer l'échange d'informations sur la législation nationale concernant la quarantaine des plantes et sur d'autres mesures affectant le libre mouvement des plantes et des produits végétaux;
6. Etudier les possibilités de simplifier et promouvoir l'unification des règlements et des certificats en matière phytosanitaire;
7. Faciliter la coopération dans les recherches pour toutes les questions concernant les ennemis et les maladies des plantes et des produits végétaux et pour les questions concernant la lutte et faciliter l'échange des renseignements scientifiques y relatifs;
8. Mettre sur pied un système de documentation et publier sous la forme voulue les documents destinés à la propagande ou au progrès technique ou scientifique pouvant être déterminés par l'Organisation;
9. Formuler des recommandations aux Etats membres sur toutes les questions visées au présent Article;
10. Prendre, d'une manière générale, toutes les mesures nécessaires et appropriées pour atteindre les buts de l'Organisation, tels qu'ils se trouvent définis dans le préambule à la présente Convention.

b) Les fonctions de l'Organisation s'appliqueront particulièrement, mais non exclusivement, aux ennemis et maladies affectant les plantes et les produits végétaux, dans les échanges internationaux spécifiés à l'Annexe II.

Article VI

Obligation des Etats membres

Les Etats membres fourniront à l'Organisation, dans toute la mesure de leur possible, les informations dont elle peut raisonnablement avoir besoin pour exercer ses fonctions.

Article VII

Relations avec les autres Organisations

a) L'Organisation collabore avec l'Organisation des Nations Unies pour l'Alimentation et l'Agriculture, et le Conseil demandera à être reconnu comme Organisation régionale de Protection des Plantes, selon les termes de toute Convention Internationale générale sur la Protection des Plantes qui serait adoptée.

b) L'Organisation peut également collaborer avec d'autres Organisations Internationales ayant une activité analogue et fera tout son possible pour éviter double emploi de travail.

Article VIII

Actif et Passif

L'Organisation prend à son compte l'actif et le passif du Comité International de Lutte contre le Doryphore et du Groupe de Travail sur l'infestation des Denrées Stockées.

Article IX

Conseil

a) Le Conseil de l'Organisation est composé des représentants des Etats membres.

Chaque Etat membre a le droit de nommer un représentant au Conseil et un suppléant.

4. obtain information from Member Governments on the existence, outbreak and spread of pests and diseases of plants and plant products, and convey such information to Member Governments;
5. provide for the exchange of information on national plant quarantine legislation, or other measures affecting the free movement of plants and plant products;
6. study the possibility of simplification and promote the unification of regulations and certification procedure in plant quarantine matters;
7. facilitate co-operation in research into all matters concerning the pests and diseases of plants and plant products and the methods of control and for the exchange of relevant scientific information;
8. establish archives for documents and publish in an appropriate form material for publicity purposes or for technical or scientific advancement as may be determined by the Organisation;
9. make recommendations to Member Governments on any of the matters referred to in this Article;
10. generally take all necessary and appropriate action to achieve the purposes of the Organisation as set forth in the Preamble to this Convention.

b) The functions of the Organisation shall be concentrated particularly on, but not necessarily confined to, the pests and diseases affecting plants and plant products in international traffic which are specified in Schedule II.

Article VI

Obligations of Member Governments

Member Governments shall furnish to the Organisation so far as is practicable such information as the Organisation may reasonably require in order to carry out its functions.

Article VII

Relationship with other Organisations

a) The Organisation co-operates with the Food and Agriculture Organisation of the United Nations and the Council shall seek recognition as a Regional Plant Protection Organisation for the purposes of any general International Convention on Plant Protection which may be adopted.

b) The Organisation may also co-operate with other Organisations with related responsibilities and will use its best endeavours to prevent overlapping of activities.

Article VIII

Assets and liabilities

The Organisation takes over the assets and liabilities of the International Committee for Colorado Beetle Control and the European Working Party on Infestation Control.

Article IX

The Council

a) The Council of the Organisation shall consist of representatives of Member Governments.

Each Member Government shall be entitled to appoint one representative to the Council and one alternate.

4. von den Mitgliedstaaten Auskünfte über das Vorhandensein, das Auftreten und die Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen einzuholen und diese Auskünfte den Mitgliedstaaten zu übermitteln;
5. für den Austausch von Auskünften über die Rechtsvorschriften der einzelnen Staaten in bezug auf Pflanzen-Quarantäne oder andere den freien Verkehr mit Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen betreffende Maßnahmen zu sorgen;
6. die Möglichkeit der Vereinfachung von Vorschriften und Bescheinigungsverfahren in Angelegenheiten der Pflanzen-Quarantäne zu prüfen und die Vereinheitlichung dieser Vorschriften und Verfahren zu fördern;
7. die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Forschung über alle Fragen betreffend Schädlinge und Krankheiten von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen, über die Bekämpfungsmethoden sowie den Austausch einschlägiger wissenschaftlicher Information zu erleichtern;
8. ein Archiv aufzubauen und jeweils auf Veranlassung der Organisation in zweckdienlicher Form Material zur Unterrichtung der Öffentlichkeit oder zur Förderung des Fachwissens oder der Wissenschaft zu veröffentlichen;
9. den Mitgliedstaaten in allen in diesem Artikel erwähnten Angelegenheiten Empfehlungen vorzulegen;
10. ganz allgemein alle Schritte zu unternehmen, die erforderlich und geeignet sind, um die Ziele der Organisation, wie sie in der Präambel dieses Übereinkommens dargelegt sind, zu verwirklichen.

b) Die Tätigkeit der Organisation richtet sich insbesondere — wenn auch nicht ausschließlich — gegen diejenigen die Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse im internationalen Verkehr bedrohenden Schädlinge und Krankheiten, die in Anlage II aufgeführt sind.

Artikel VI

Verpflichtungen der Mitgliedstaaten

Die Mitgliedstaaten haben der Organisation, soweit irgend möglich, alle Auskünfte zu erteilen, welche diese im Rahmen ihrer Befugnisse zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

Artikel VII

Beziehungen zu anderen Organisationen

a) Die Organisation arbeitet mit der Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen zusammen; der Rat wird die Anerkennung als regionale Pflanzenschutz-Organisation im Rahmen eines gegebenenfalls abzuschließenden Internationalen Pflanzenschutz-Abkommens zu erwirken suchen.

b) Die Organisation kann auch mit anderen Organisationen mit verwandten Aufgaben zusammenarbeiten und wird bestrebt sein, jede Überschneidung von Tätigkeiten, soweit irgend möglich, zu vermeiden.

Artikel VIII

Vermögen und Verbindlichkeiten

Die Organisation übernimmt das Vermögen und die Verbindlichkeiten des Internationalen Komitees zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers und der Europäischen Arbeitsgemeinschaft für Vorratsschutz.

Artikel IX

Der Rat

a) Der Rat der Organisation besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten.

Jeder Mitgliedstaat ist berechtigt, einen Vertreter und einen Stellvertreter zum Rat zu ernennen.

Les représentants et suppléants désignés par les Etats membres peuvent être accompagnés d'observateurs et de conseillers.

- b) Chaque Etat membre dispose d'une voix au Conseil.

Article X

Sessions du Conseil

- a) Le Conseil se réunit en principe en session ordinaire une fois par an.
- b) Une réunion extraordinaire du Conseil doit être convoquée quand au moins un tiers des membres en a fait la demande au Président.

Article XI

Règlements

Le Conseil établit son règlement intérieur et le règlement financier de l'Organisation.

Article XII

Observateurs

- a) Le Gouvernement d'un Etat qui n'est pas membre de l'Organisation, peut, avec le consentement du Conseil ou du Comité Exécutif, se faire représenter à toute session du Conseil par un ou plusieurs observateurs. Ceux-ci n'ont pas le droit de vote.
- b) Toute Organisation Internationale ayant une activité analogue peut, avec le consentement du Conseil ou du Comité Exécutif, être représentée à toute réunion du Conseil par un ou plusieurs observateurs. Ces observateurs n'ont pas le droit de vote.

Article XIII

Attributions du Conseil

Le Conseil a les attributions suivantes:

- a) L'examen et l'approbation du rapport du Directeur-général sur les activités de l'Organisation depuis la dernière session ordinaire du Conseil;
- b) L'examen et l'approbation des comptes annuels et du projet de budget de l'Organisation;
- c) L'examen et l'approbation du programme d'action et le programme d'activité futur de l'Organisation préparé par le Comité Exécutif;
- d) La création des comités techniques qu'il jugera nécessaires.

Article XIV

Président et Vice-Président

- a) Le Conseil élit un Président et un Vice-Président parmi les représentants des Etats membres;
- b) Le mandat du Président et du Vice-Président est de trois ans. Il peut être renouvelé.

Article XV

Comité Exécutif

- a) Le Comité Exécutif est composé du Président et du Vice-Président du Conseil et des représentants de cinq Etats membres élus par le Conseil.
- b) Le mandat des membres du Comité Exécutif est fixé à trois ans. Les membres du Comité Exécutif sont rééligibles.
- c) Dans le cas où une vacance se produirait au Comité Exécutif avant la date normale d'expiration du mandat, le Comité Exécutif demandera à un Etat membre de désigner un représentant pour combler la vacance pour la durée restant à courir.

Representatives and alternates appointed by Member Governments may be accompanied by associates and advisers.

- b) Each Member Government shall have one vote in the Council.

Article X

Sessions of the Council

- a) The Council ordinarily meets in regular session once in each year.
- b) Extraordinary sessions of the Council shall be called at any time when the Chairman is so requested in writing by at least one-third of the Member Governments.

Article XI

Rules

The Council establishes its Rules of Procedure and the financial rules of the Organisation.

Article XII

Observers

- a) The Government of any country which is not a member of the Organisation may, with the consent of the Council or of the Executive Committee, be represented at any session of the Council by an observer or observers without the right to vote.
- b) Any other International Organisation having related responsibilities may, with the consent of the Council or of the Executive Committee, be represented at any session of the Council by an observer or observers without the right to vote.

Article XIII

Functions of the Council

The Council has the following functions:

- a) Consideration and approval of the report of the Director-General on activities since the last regular session of the Council;
- b) Consideration and approval of the annual accounts and of the draft budget of the Organisation;
- c) Consideration and approval of the programme of future activities of the Organisation prepared by the Executive Committee;
- d) Appointment of such Technical Committees as it considers necessary.

Article XIV

The Chairman and Vice-Chairman

- a) The Council elects a Chairman and a Vice-Chairman from amongst representatives of Member Governments;
- b) The Chairman and Vice-Chairman are elected for three years and are eligible for re-election.

Article XV

The Executive Committee

- a) The Executive Committee is composed of the Chairman and Vice-Chairman and of five representatives of Member Governments elected by the Council.
- b) Members of the Executive Committee hold office for three years and are eligible for re-election.
- c) If a vacancy occurs in the Executive Committee before the expiration of the term of appointment, the Executive Committee shall ask a Member Government to appoint a representative to fill the vacancy for the remainder of the term.

Die von den Mitgliedstaaten ernannten Vertreter und Stellvertreter können sich von Beobachtern und Beratern begleiten lassen.

- b) Jeder Mitgliedstaat hat eine Stimme im Rat.

Artikel X

Tagungen des Rates

- a) Der Rat tritt normalerweise einmal im Jahr zu einer ordentlichen Tagung zusammen.
- b) Auf ein schriftliches, an den Vorsitzenden gerichtetes Ersuchen von mindestens einem Drittel der Mitgliedstaaten muß jederzeit eine außerordentliche Tagung des Rates einberufen werden.

Artikel XI

Geschäfts- und Finanzordnung

Der Rat setzt seine Geschäftsordnung und die Finanzordnung der Organisation fest.

Artikel XII

Beobachter

- a) Die Regierung jedes Staates, der nicht Mitglied der Organisation ist, kann sich mit Zustimmung des Rates oder des Exekutivausschusses auf jeder Ratstagung durch einen oder mehrere Beobachter ohne Stimmrecht vertreten lassen.
- b) Jede internationale Organisation, die sich mit entsprechenden Aufgaben befaßt, kann sich mit Zustimmung des Rates oder des Exekutivausschusses auf jeder Ratstagung durch einen oder mehrere Beobachter ohne Stimmrecht vertreten lassen.

Artikel XIII

Aufgaben des Rates

Der Rat hat folgende Aufgaben:

- a) Prüfung und Genehmigung des Berichts des Generaldirektors über die Tätigkeit seit der letzten ordentlichen Ratstagung;
- b) Prüfung und Genehmigung der Jahresabrechnung und des Haushaltsvoranschlags der Organisation;
- c) Prüfung und Genehmigung des vom Exekutivausschuß aufgestellten Programms über die zukünftige Tätigkeit der Organisation;
- d) Bildung der Fachausschüsse, die vom Rat für erforderlich gehalten werden.

Artikel XIV

Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender

- a) Der Rat wählt aus den Vertretern der Mitgliedstaaten einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.
- b) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende werden auf drei Jahre gewählt; Wiederwahl ist zulässig.

Artikel XV

Der Exekutivausschuß

- a) Der Exekutivausschuß besteht aus dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Rates sowie fünf Vertretern von Mitgliedstaaten, die von dem Rat gewählt werden.
- b) Die Amtsdauer der Mitglieder des Exekutivausschusses beträgt drei Jahre, sie sind wieder wählbar.
- c) Tritt im Exekutivausschuß vor Ablauf der normalen Amtsdauer eine Vakanz ein, so fordert der Exekutivausschuß einen Mitgliedstaat auf, einen Vertreter zu benennen, um die Vakanz für den Rest der Amtszeit auszufüllen.

d) Le Président du Conseil assume la présidence du Comité Exécutif qu'il convoque au moins une fois entre deux sessions ordinaires.

Article XVI

Attributions du Comité Exécutif

Les attributions du Comité Exécutif seront:

- a) de proposer au Conseil des lignes de conduite et le programme des activités pour l'avenir;
- b) de mettre en pratique les lignes de conduite qui auront été approuvées par le Conseil;
- c) de soumettre au Conseil des budgets provisoires et les comptes annuels;
- d) d'entreprendre toute autre tâche que la présente Convention peut lui assigner, d'adopter ses propres règles de procédure et de remplir toute autre fonction qui peut lui être assignée aux termes de la présente Convention.

Article XVII

Le Directeur-Général

- a) Le Conseil nomme le Directeur-Général de l'Organisation et fixe le montant de sa rémunération.
- b) Le Directeur-Général est chargé de l'exécution du programme approuvé par le Conseil, sous le contrôle du Comité Exécutif.
- c) Le Directeur-Général est placé à la tête des services administratifs de l'Organisation qui fonctionnent sous sa responsabilité.
- d) Le Directeur-Général présente, à chaque session ordinaire du Conseil, un rapport sur les activités de l'Organisation et la situation financière.

Article XVIII

Questions financières

- a) Les frais de l'Organisation seront couverts par des versements annuels des Etats membres selon l'échelle spécifiée à l'Annexe I ci-jointe, sauf cas exceptionnels approuvés par le Conseil.
- b) Les Etats intéressés décideront à quelle catégorie de membres ils appartiendront, conformément à l'alinéa précédent.
- c) Les contributions annuelles seront versées avant la fin du premier mois de chaque exercice financier de l'Organisation. Le début de l'exercice financier sera déterminé par le Comité Exécutif.
- d) Le Comité Exécutif fixera la monnaie dans laquelle seront versées les contributions des Etats membres, sous réserve du consentement des Etats intéressés.
- e) Une contribution supplémentaire peut être payée par un Etat ou par un groupe d'Etats pour des projets spéciaux de lutte ou les campagnes que peut proposer le Comité Exécutif dans l'intérêt de cet Etat ou groupe d'Etats.
- f) Le Comité Exécutif nommera des Experts-Comptables qui examineront annuellement la comptabilité et présenteront un rapport au Comité Exécutif qui sera soumis au Conseil.

Article XIX

Amendements

- a) Les textes des propositions d'amendement à la présente Convention et à l'Annexe I seront communiqués par le Directeur-Général aux Etats membres trois mois au moins avant leur prise en considération par le Conseil. Les amendements entreront en vigueur après adoption par une majorité des deux tiers des membres du Conseil présents et votant, à condition que les amendements impliquant des obligations nouvelles pour les membres n'entrent en vigueur pour chaque membre qu'après acceptation.

d) The Chairman of the Council is also the Chairman of the Executive Committee, which will meet at least once between any two regular sessions of the Council.

Article XVI

Functions of the Executive Committee

The functions of the Executive Committee are to:

- a) Propose policies and the programme of future activities to the Council;
- b) Implement the policies as approved by the Council;
- c) Submit draft budgets and annual accounts to the Council;
- d) Undertake such other tasks as the Council may delegate to it, adopt its own rules of procedure, and perform such other functions as may be conferred on it by the present Convention.

Article XVII

The Director-General

- a) The Council appoints the Director-General of the Organisation and determines his remuneration.
- b) The Director-General is responsible for carrying out the programme approved by the Council, under the supervision of the Executive Committee.
- c) The Director-General is the administrative head of the Organisation which functions under his responsibility.
- d) The Director-General reports to each regular session of the Council on the activities of the Organisation and the financial position.

Article XVIII

Finance

- a) The expenses of the Organisation shall be met by annual payments from Member Governments according to the scale specified in Schedule I attached hereto except in exceptional cases approved by the Council.
- b) The category of membership under the foregoing clause shall be by decision of the Government concerned.
- c) Annual contributions shall be paid before the end of the first month of each financial year of the Organisation. The commencement of the financial year shall be determined by the Executive Committee.
- d) The contributions of Member Governments shall be paid in currencies to be determined by the Executive Committee with the approval of the contributing Governments concerned.
- e) A supplementary contribution can be paid by an individual Government or group of Governments towards special schemes or campaigns of control, which the Executive Committee may propose in the interest of that Government or group of Governments.
- f) The Executive Committee shall appoint a firm of Chartered Accountants to examine the accounts yearly and to present a report to the Executive Committee for submission to the Council.

Article XIX

Amendments

- a) Texts of proposed amendments to the present Convention and to Schedule I thereof shall be communicated by the Director-General to Member Governments at least three months in advance of their consideration by the Council. Amendments shall come into effect when adopted by a two-thirds majority of the Members of the Council present and voting, provided, however, that amendments involving new obligations for Members shall come into force in respect of each Member only on acceptance by it.

- d) Der Vorsitzende des Rates ist auch Vorsitzender des Exekutivausschusses; dieser tritt mindestens einmal zwischen zwei ordentlichen Tagungen des Rates zusammen.

Artikel XVI

Aufgaben des Exekutivausschusses

Es ist Aufgabe des Exekutivausschusses

- a) dem Rat Richtlinien und das Programm für die zukünftige Tätigkeit vorzuschlagen;
- b) die vom Rat genehmigten Richtlinien durchzuführen;
- c) dem Rat Haushaltsvoranschläge und Jahresabrechnungen vorzulegen;
- d) jede weitere Aufgabe zu übernehmen, die ihm der Rat überträgt, seine Geschäftsordnung selbst zu bestimmen und jede andere Arbeit durchzuführen, die ihm auf Grund dieses Übereinkommens zugewiesen wird.

Artikel XVII

Der Generaldirektor

- a) Der Rat ernennt den Generaldirektor der Organisation und setzt dessen Bezüge fest.
- b) Der Generaldirektor ist unter Aufsicht des Exekutivausschusses für die Durchführung des vom Rat genehmigten Programms verantwortlich.
- c) Der Generaldirektor steht verantwortlich an der Spitze der Verwaltung der Organisation.
- d) Der Generaldirektor berichtet auf jeder ordentlichen Rats-Tagung über die Tätigkeit und finanzielle Lage der Organisation.

Artikel XVIII

Finanzen

- a) Die Ausgaben der Organisation werden, außer in vom Rat genehmigten Ausnahmefällen, durch jährliche Zahlungen der Mitgliedstaaten nach der in Anlage I aufgeführten Staffelung gedeckt.
- b) Jeder Staat entscheidet selbst über seine Beitragsklasse gemäß vorstehendem Absatz.
- c) Die Jahresbeiträge sind vor Ende des ersten Monats jedes Rechnungsjahres der Organisation zu entrichten. Der Beginn des Rechnungsjahres wird vom Exekutivausschuß festgelegt.
- d) Die Beiträge der Mitgliedstaaten sind in der vom Exekutivausschuß mit Zustimmung des beitragszahlenden Staates zu bezeichnenden Währung zu leisten.
- e) Ein einzelner Staat oder eine Gruppe von Staaten können zusätzliche Beiträge für besondere Bekämpfungsvorhaben oder -aktionen zahlen, die der Exekutivausschuß im Interesse dieses Staates oder dieser Staaten-Gruppe vorschlägt.
- f) Der Exekutivausschuß bestimmt vereidigte Rechnungsprüfer zur jährlichen Prüfung der Abrechnungen und zur Erstattung eines Berichts an den Exekutivausschuß zwecks Vorlage beim Rat.

Artikel XIX

Anderungen

- a) Der Wortlaut beantragter Änderungen dieses Übereinkommens oder der Anlage I ist den Mitgliedstaaten durch den Generaldirektor mindestens drei Monate vor ihrer Erörterung im Rat mitzuteilen. Die Änderungen werden nach Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden und ihr Stimmrecht ausübenden Mitglieder des Rates wirksam, jedoch mit der Maßgabe, daß Änderungen, die neue Verpflichtungen für die Mitglieder enthalten, für jedes Mitglied erst nach ihrer Annahme durch dieses in Kraft treten.

b) Les amendements à l'Annexe II ci-jointe peuvent être approuvés par le Conseil à la majorité simple des votes émis.

c) Le Gouvernement Français doit recevoir notification des acceptations d'amendements et informera tous les Etats membres de la réception d'acceptations et de l'entrée en vigueur des amendements.

Article XX

Signature et acceptation

a) La présente Convention restera ouverte à la signature ou à l'adhésion et les Etats qui, aux termes de l'Article III, ont le droit de devenir membres de l'Organisation, peuvent adhérer à la Convention par:

1. La signature;
2. La signature sous réserve de ratification; ou
3. L'adhésion.

b) L'adhésion prendra effet par le dépôt d'un instrument auprès du Gouvernement Français.

c) Le Gouvernement Français avisera immédiatement tous les Gouvernements de la date à laquelle chaque Gouvernement signera la Convention ou y adhèrera.

Article XXI

Extension territoriale du champ d'application

a) Tout Gouvernement, au moment de la signature ou de l'acceptation de la présente Convention, ou à une date ultérieure, peut déclarer que sa participation à la Convention comprend l'ensemble ou une partie des territoires dont les relations extérieures sont placées sous sa responsabilité. Cette déclaration sera notifiée au Gouvernement Français.

b) Toute déclaration faite par un Gouvernement en vertu du paragraphe a) de cet Article, après son adhésion à la Convention, entrera en vigueur le trentième jour suivant réception de la déclaration par le Gouvernement Français.

c) Le Gouvernement Français avisera immédiatement tous les Gouvernements adhérant à la Convention des déclarations faites en vertu des paragraphes a) et b) du présent Article.

Article XXII

Retrait

a) Tout Etat membre peut en tous temps et après deux années de participation dénoncer la présente Convention par une notification de retrait adressée au Gouvernement Français. La dénonciation prendra effet un an après la date de réception de cette notification.

b) Le non-paiement de deux contributions annuelles consécutives implique d'office le retrait de la Convention, pour l'Etat qui aurait ainsi manqué à ses engagements.

c) L'application de la Convention à un territoire ou des territoires en vertu de l'Article XXI peut être résiliée par notification adressée au Gouvernement Français par l'Etat membre responsable des relations internationales d'un tel territoire ou de tels territoires. La notification prendra effet un an après la date de sa réception.

d) Le Gouvernement Français avisera immédiatement tous les Etats contractants des notifications données en vertu des paragraphes a) et b) de cet Article.

b) Amendments to Schedule II may be made by a simple majority of votes cast in the Council.

c) Acceptance of amendments shall be deposited with the French Government who shall inform all Member Governments of the receipt of acceptances and the entry into force of amendments.

Article XX

Signature and acceptance

a) The present Convention shall remain open for signature or acceptance and Governments, to which membership of the Organisation is open by virtue of the provisions of Article III, may become parties to the Convention by:

1. Signature;
2. Signature subject to ratification; or
3. Acceptance.

b) Acceptance shall be effected by the deposit of an instrument with the French Government.

c) The French Government shall immediately inform all Governments of the date on which each signs or accepts the Convention.

Article XXI

Territorial application

a) Any Government may at the time of becoming a party to the present Convention, or at any time thereafter, declare that its participation in the Convention includes all or any of the territories for whose international relations it is responsible. Such declaration shall be deposited with the French Government.

b) Any declaration made by a Government under paragraph (a) of this Article after it has become a party to the Convention shall take effect on the thirtieth day following its receipt by the French Government.

c) The French Government shall immediately inform all Governments parties to the Convention of declarations made under paragraphs (a) and (b) of this Article.

Article XXII

Withdrawal

a) Any Member Government may withdraw from the present Convention at any time after the expiration of two years from the date on which the Convention entered into force with respect to that Government by giving written notice of withdrawal to the French Government. The withdrawal shall take effect a year from the date of receipt of the notification of withdrawal.

b) The non-payment of two consecutive annual contributions will be regarded as implying the official withdrawal from the Convention of the defaulting Member Government.

c) The application of the Convention to a territory or territories under Article XXI may be terminated by written notification to the French Government by the participating Government responsible for the international relations of such territory or territories. The notification shall take effect a year from the date of its receipt.

d) The French Government shall immediately inform all participating Governments of notifications given under paragraphs (a) and (b) of this Article.

b) Änderungen der Anlage II können durch einfache Mehrheit der im Rat abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

c) Erklärungen über die Annahme von Änderungen werden bei der französischen Regierung hinterlegt, die alle Mitgliedstaaten über den Eingang der Annahmeerklärungen und über das Wirksamwerden der Änderungen unterrichtet.

Artikel XX

Unterzeichnung und Beitritt

a) Dieses Übereinkommen bleibt zur Unterzeichnung oder zum Beitritt offen; Staaten, denen die Mitgliedschaft bei der Organisation nach Artikel III freisteht, können durch

1. Unterzeichnung,
2. Unterzeichnung vorbehaltlich der Ratifizierung oder
3. Beitritt

Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden.

b) Der Beitritt wird durch Hinterlegung einer Urkunde bei der französischen Regierung vollzogen.

c) Die französische Regierung setzt unverzüglich alle Regierungen von dem Zeitpunkt in Kenntnis, an dem ein Staat dieses Übereinkommen unterzeichnet oder ihm beitrifft.

Artikel XXI

Örtlicher Geltungsbereich

a) Jeder Staat kann zu dem Zeitpunkt, an dem er Vertragspartei des vorliegenden Übereinkommens wird, oder zu jedem späteren Zeitpunkt erklären, daß seine Teilnahme an dem Übereinkommen alle oder einzelne der Gebiete umfaßt, für deren internationale Beziehungen er verantwortlich ist. Diese Erklärung ist bei der französischen Regierung zu hinterlegen.

b) Jede Erklärung, die auf Grund von Absatz a dieses Artikels von einer Regierung abgegeben wird, nachdem sie Vertragspartei dieses Übereinkommens geworden ist, tritt am dreißigsten Tage nach ihrem Eingang bei der französischen Regierung in Kraft.

c) Die französische Regierung setzt unverzüglich alle Vertragsstaaten dieses Übereinkommens von den auf Grund der Absätze a und b dieses Artikels abgegebenen Erklärungen in Kenntnis.

Artikel XXII

Rücktritt

a) Jeder Mitgliedstaat kann jederzeit nach Ablauf von zwei Jahren, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens für den betreffenden Staat ab, durch eine schriftliche, an die französische Regierung gerichtete Rücktrittserklärung von diesem Übereinkommen zurücktreten. Der Rücktritt wird ein Jahr nach Eingang der Rücktrittserklärung wirksam.

b) Werden die Beiträge für zwei aufeinander folgende Jahre nicht bezahlt, so gilt damit der Rücktritt des säumigen Mitgliedstaates von diesem Abkommen als amtlich vollzogen.

c) Die Erstreckung des Übereinkommens auf ein oder mehrere Gebiete nach Artikel XXI kann durch schriftliche, an die französische Regierung gerichtete Kündigung des Mitgliedstaates, der für die internationalen Beziehungen jenes bzw. jener Gebiete verantwortlich ist, beendet werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tage des Eingangs wirksam.

d) Die französische Regierung setzt unverzüglich alle Vertragsstaaten von den auf Grund der Absätze a und b dieses Artikels abgegebenen Rücktrittserklärungen in Kenntnis.

Article XXIII
Entrée en vigueur

a) La présente Convention entrera en vigueur à la date à laquelle cinq Gouvernements seront parties à la Convention conformément aux termes de l'Article XX.

b) Le Gouvernement Français informera immédiatement de la date d'entrée en vigueur tous les Gouvernements qui ont signé la Convention ou y ont adhéré.

ANNEXE I

Barème des contributions annuelles approuvé par le Conseil (Voir Article XVIII)

Première catégorie	500 Livres Sterling
Deuxième catégorie	1.000 Livres Sterling
Troisième catégorie	1.500 Livres Sterling
Quatrième catégorie	2.000 Livres Sterling

ANNEXE II

Ennemis et maladies qui retiendront l'attention avec la date d'approbation par l'Organisation (Voir Article V)

1. Doryphore (*Leptinotarsa decemlineata*) 1951
2. Nématode Doré de la Pomme de Terre (*Heterodera rostochiensis*) 1951
3. Pou de San José (*Aspidiotus perniciosus*) 1951
4. Maladie verruqueuse de la Pomme de Terre (*Synchytrium endobioticum*) 1951
5. Parasites animaux et végétaux des denrées stockées et rongeurs nuisibles aux cultures précédemment à la charge du Groupe Européen de Travail sur l'Infestation des Denrées Stockées 1951

ANNEXE III

Les pays qui ont été invités par le Gouvernement Français à adhérer à la Convention:

Albanie	Hongrie	République Fédérale d'Allemagne
Autriche	Irlande	Roumanie
Belgique	Islande	Royaume-Uni
Biélorussie	Israël	San Marino
Bulgarie	Italie	Suède
Danemark	Liban	Suisse
Égypte	Liechtenstein	Syrie
Espagne	Luxembourg	Tchécoslovaquie
Finlande	Monaco	Turquie
France (également pour l'Algérie, la Tunisie et le Maroc)	Pays-Bas	Ukraine
Grèce	Pologne	U. R. S. S.
	Portugal	Yougoslavie

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements, ont signé la présente Convention et ses Annexes.

FAIT A PARIS, le 18 avril 1951, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement Français.

Pour le DANEMARK
Halvor Skov
P. Bovien

Pour la BELGIQUE
Guillaume
H. van Orshoven

Article XXIII
Entry into force

a) The present Convention shall enter into force on the date on which five Governments have become parties thereto in accordance with the provisions of Article XX.

b) The French Government shall immediately inform all Governments which have signed or accepted the Convention of the date of entry into force of the Convention.

SCHEDULE I

Scale of contributions approved by the Council (See Article XVIII)

Category I.	500 Pounds Sterling
Category II.	1,000 Pounds Sterling
Category III.	1,500 Pounds Sterling
Category IV.	2,000 Pounds Sterling

SCHEDULE II

Lists of pests and diseases to be covered by the Organisation, with the date of their approval by the Organisation (See Article V)

- I. Colorado Beetle (*Leptinotarsa decemlineata*) 1951
- II. Potato Root Eelworm (*Heterodera rostochiensis*) 1951
- III. San José Scale (*Aspidiotus perniciosus*) 1951
- IV. Potato Wart Disease (*Synchytrium endobioticum*) 1951
- V. Insect, fungus and rodent pests of stored foods, and rodent pests of crops, hitherto the concern of the European Working Party on Infestation Control 1951

SCHEDULE III

Countries which have been invited by the French Government to adhere to the Convention:

Albania	Greece	Portugal
Austria	Hungary	Rumania
Belgium	Iceland	San Marino
Biélorussie	Ireland	Spain
Bulgarie	Israel	Sweden
Czechoslovakia	Italy	Switzerland
Denmark	Lebanon	Syria
Égypte	Liechtenstein	Turkey
Finlande	Luxembourg	Ukraine
France (also for Algeria, Tunis and Morocco)	Monaco	United Kingdom
German Federal Republic	Netherlands	U. S. R. R.
	Norway	Yugoslavia
	Poland	

IN FAITH WHEREOF the undersigned, duly authorised by their Governments, have signed the present Convention and the Schedules thereto.

DONE IN PARIS this 18th day of April 1951 in a single copy, which will remain deposited in the archives of the French Government.

For DENMARK
Halvor Skov
P. Bovien

For BELGIUM
Guillaume
H. van Orshoven

Artikel XXIII

Inkrafttreten

a) Dieses Übereinkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem fünf Staaten nach Artikel XX Vertragsparteien geworden sind.

b) Die französische Regierung setzt unverzüglich alle Regierungen, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens in Kenntnis.

ANLAGE I

Vom Rat genehmigte Beitragsstaffelung (siehe Artikel XVIII):

Klasse I	500 Pfund Sterling
Klasse II	1000 Pfund Sterling
Klasse III	1500 Pfund Sterling
Klasse IV	2500 Pfund Sterling

ANLAGE II

Schädlinge und Krankheiten, mit denen sich die Organisation zu befassen hat, mit Angabe des Genehmigungsdatums (siehe Artikel V):

I. Kartoffelkäfer (*Leptinotarsa decemlineata*) .. 1951

II. Kartoffelälchen (*Heterodera rostochiensis*) ... 1951

III. San-José-Schildlaus (*Aspidiotus perniciosus*) . 1951

IV. Kartoffelkrebs (*Synchytrium endobioticum*) .. 1951

V. Tierische und pflanzliche Schädlinge gelagerter Lebensmittel sowie für Nutzpflanzen schädliche Nagetiere, welche bis jetzt unter die Zuständigkeit der Europäischen Arbeitsgemeinschaft für Vorratsschutz fielen 1951

ANLAGE III

Die von der französischen Regierung zum Beitritt zu dem Übereinkommen eingeladenen Länder sind:

Ägypten	Israel	Schweiz
Albanien	Italien	Spanien
Belgien	Jugoslawien	Syrien
Bulgarien	Libanon	Tschechoslowakei
Bundesrepublik Deutschland	Liechtenstein	Türkei
Dänemark	Luxemburg	UdSSR
Finnland	Monaco	Ukraine
Frankreich (auch für Algerien, Tunis und Marokko)	Niederlande	Ungarn
Griechenland	Norwegen	Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
Irland	Österreich	
Island	Polen	
	Portugal	
	Rumänien	Weißrußland
	San Marino	
	Schweden	

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig beglaubigten Vertreter dieses Übereinkommen und die dazugehörigen Anlagen unterzeichnet.

GESCHEHEN ZU PARIS am 18. April 1951 in einer einzigen Ausfertigung, die im Archiv der französischen Regierung hinterlegt bleibt.

Für DÄNEMARK

Halvor Skov

P. Bovien

Für BELGIEN

Guillaume

H. Van Orshoven

Pour l'ESPAGNE Miguel Benlloch	For SPAIN Miguel Benlloch
Pour la FRANCE R. Protin	For FRANCE R. Protin
Pour l'IRLANDE D. Delaney	For IRELAND D. Delaney
Pour l'ITALIE A. Melis	For ITALY A. Melis
Pour le LUXEMBOURG E. Wirion	For LUXEMBOURG E. Wirion
Pour les PAYS-BAS C. J. Briejer	For the NETHERLANDS C. J. Briejer
Pour le PORTUGAL Francisco Aranha	For PORTUGAL Francisco Aranha
Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE H. Drees	For the GERMAN FEDERAL REPUBLIC H. Drees
Pour le ROYAUME-UNI J. Hensley	For the UNITED KINGDOM J. Hensley
Pour la SUISSE A. Chaponnier	For SWITZERLAND A. Chaponnier
Pour la R. P. F. DE YOUGOSLAVIE G. Nonweiller	For YUGOSLAVIA G. Nonweiller
Pour l'AUTRICHE F. Beran	For AUSTRIA F. Beran
Pour la GRÈCE D. Kouloupoulos	For GREECE D. Kouloupoulos

Für SPANIEN
Miguel Benlloch

Für FRANKREICH
R. Protin

Für IRLAND
D. Delaney

Für ITALIEN
A. Melis

Für LUXEMBURG
E. Wirion

Für die NIEDERLANDE
C. J. Briejer

Für PORTUGAL
Francisco Aranha

Für die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
H. Drees

Für das
VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN
UND NORDIRLAND
J. Hensley

Für die SCHWEIZ
A. Chaponnier

Für die FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK JUGOSLAWIEN
G. Nonweiler

Für ÖSTERREICH
F. Beran

Für GRIECHENLAND
D. Koulopoulos

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
(Ratifikation durch Italien).**

Vom 14. November 1955.

Italien hat am 26. Oktober 1955 die Ratifikationsurkunde zu der in Rom am 4. November 1950 unterzeichneten Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Bundesgesetzbl. 1952 II S. 685, 953) beim Generalsekretär des Europarates hinterlegt.

Die Konvention ist somit gemäß ihrem Artikel 66 Abs. 3 für Italien am 26. Oktober 1955 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 4. November 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 914).

Bonn, den 14. November 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik
auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes.**

Vom 15. November 1955.

Gemäß Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 1952 über das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes vom 30. April 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 975) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen, das am Tage seiner Unterzeichnung vorläufig in Kraft getreten war, auf Grund des am 2. November 1955 in Bonn erfolgten Austausches der Ratifikationsurkunden nach Artikel 9 Abs. 2 des Abkommens am 2. November 1955 endgültig in Kraft getreten ist.

Bonn, den 15. November 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über das Außerkrafttreten
der deutsch-brasilianischen Vereinbarung über
den Warenverkehr.**

Vom 21. November 1955.

Es wird hiermit bekanntgemacht, daß die in Bonn am 17. August 1950 unterzeichnete deutsch-brasilianische Vereinbarung über den Warenverkehr (Bundesgesetzbl. 1951 II S. 11) im beiderseitigen Einverständnis am 31. Juli 1955 außer Kraft getreten ist. Das Protokoll vom 17. August 1950 bleibt weiterhin in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Mai 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 604).

Bonn, den 21. November 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich des
Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln
über die Beförderung im internationalen
Luftverkehr (Beitritt Venezuelas).**

Vom 1. Dezember 1955.

Venezuela ist dem in Warschau am 12. Oktober 1929 unterzeichneten Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr nebst Zusatzprotokoll (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 1039) mit Wirkung vom 13. September 1955 beigetreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. November 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 919).

Bonn, den 1. Dezember 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika
über die von der Bundesrepublik zu gewährenden Abgabenvergünstigungen
für die von den Vereinigten Staaten im Interesse der
gemeinsamen Verteidigung geleisteten Ausgaben.**

Vom 20. November 1955.

Gemäß Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. August 1955 betreffend das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika vom 15. Oktober 1954 über die von der Bundesrepublik zu gewährenden Abgabenvergünstigungen für die von den Vereinigten Staaten im Interesse der gemeinsamen Verteidigung geleisteten Ausgaben (Offshore-Steuer-gesetz) — Bundesgesetzbl. II S. 821 — wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel XIV Abs. 1 auf Grund der bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika am 8. November 1955 erfolgten Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde am gleichen Tage in Kraft getreten ist.

Bonn, den 20. November 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Hallstein

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Zweiten Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich
über Arbeitslosenversicherung.**

Vom 2. November 1955.

Gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Mai 1955 über das Zweite Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Arbeitslosenversicherung vom 31. Oktober 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 609) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 2 auf Grund des am 6. Oktober 1955 in Bonn erfolgten Austausches der Ratifikationsurkunden am 1. November 1955 in Kraft getreten ist.

Bonn, den 2. November 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung des Staatssekretärs
Berger

Der Bundesminister für Arbeit
In Vertretung des Staatssekretärs
Herschel

Nachrichtlicher Abdruck aus Teil I

(amtliche Zitierweise: Bundesgesetzbl. I S. 731)

**Bekanntmachung
zu § 35 des Warenzeichengesetzes.**

Vom 25. November 1955.

Auf Grund des § 35 Abs. 1 des Warenzeichengesetzes in der Fassung vom 18. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 645) wird gemäß einer Erklärung der Regierung der Republik Korea bekanntgemacht:

Deutsche Warenbezeichnungen werden in der Republik Korea in demselben Umfang wie inländische zum gesetzlichen Schutz zugelassen.

Bonn, den 25. November 1955.

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

**Berichtigung
zur Bekanntmachung vom 7. September 1955
zum Geltungsbereich des Haager Abkommens über
den Zivilprozeß (Bundesgesetzbl. II S. 894).**

Statt „6. April 1955“ muß es richtig „6. August 1955“ und statt „10. Juni 1955“ richtig „10. Oktober 1955“ heißen.

Bonn, den 9. November 1955.

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Raab

Druckfehlerberichtigung.

Die mit Bekanntmachung vom 30. März 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 301) veröffentlichten Neufassungen der Texte der Bonner Verträge vom 26. Mai 1952 werden wie folgt berichtigt:

1. Es muß im englischen Wortlaut
 - a) auf Seite 324 in Artikel 1 Nr. 4 Buchstabe b statt „auf“ richtig „of“,
 - b) auf Seite 354 in Artikel 35 Abs. 4 Buchstabe b Zeile 4 und Buchstabe d Zeile 7 statt „bagage“ richtig „baggage“ sowie in Buchstabe c Zeile 4 statt „autorities“ richtig „authorities“,
 - c) auf Seite 388 in Artikel 7 Abs. 1 Buchstabe d statt „german“ richtig „German“,
 - d) auf Seite 407 in Artikel 2 Abs. 1 Zeile 3 statt „judical“ richtig „judicial“
 heißen.
2. Auf Seite 384 muß in Artikel 4 Abs. 5 des englischen Wortlautes die Zeile 7 richtig „be responsible for allocating or re-“ lauten.
3. Auf Seite 466 lautet die Zeile 9 im deutschen Wortlaut des Artikels 13 Abs. 5 richtig: „antragt werden; die Zulassung wird“.